

MENSCH UND UMWELT. UMWELTGESCHICHTE ALS
REGIONALGESCHICHTE OSTMITTELEUROPAS VON
DER INDUSTRIALISIERUNG BIS ZUM
POSTSOZIALISMUS

Kein Geringerer als Dipesh Chakrabarty hat es angesichts des dramatischen Klimawandels kürzlich zur wichtigsten Aufgabe der Historiker erklärt, „die Mauer zwischen menschlicher Geschichte und Naturgeschichte zu durchbrechen“. Folgt man dieser Ansicht, dann hat das Collegium Carolinum München im November 2010 mit seiner in Kooperation mit dem Rachel Carson Center München for Environment and Society sowie der European Society for Environmental History veranstalteten Jahrestagung „Mensch und Umwelt. Umweltgeschichte als Regionalgeschichte Ostmitteleuropas von der Industrialisierung bis zum Postsozialismus“ (Bad Wiessee, 4.-7.11.2010) ein heißes Eisen der internationalen geschichtswissenschaftlichen Debatte aufgegriffen. Denn wo anders als an der Grenze von menschlicher und Naturgeschichte wäre die sich immer mehr institutionalisierende historische Subdisziplin „Umweltgeschichte“ im Kanon der historischen Fächer einzuordnen?

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden des Collegium Carolinum, Martin Schulze Wessel (München), beschäftigte sich das erste Panel der Konferenz „Umwelt- und Infrastrukturgeschichte Ostmitteleuropas“ mit den großen Fragen von Einordnung und Relevanz. Julia Herzberg (Rachel Carson Center, München), eine der Mitorganisatorinnen der Tagung, befasste sich in ihrem einleitenden Vortrag „Ostmitteleuropa im Blick: Umweltgeschichte zwischen Global- und Regionalgeschichte“ zunächst mit den möglichen Gegenständen von Umweltgeschichte. Diese könne „menschliches Handeln als Adaptionleistung“ beinhalten, sie könne Kultur-, aber auch Ideengeschichte sein, schließlich auch mit einem politikgeschichtlichen Zugang betrieben werden, wodurch sie zur Infrastrukturgeschichte mutiere. Die Dynamik der umweltgeschichtlichen Forschung im letzten Jahrzehnt gerade zu Osteuropa im Allgemeinen und Ostmitteleuropa im Besonderen sei beachtlich. Da sich aber weder Umweltverschmutzung noch Naturkatastrophen von Grenzposten aufhalten ließen, gelte es, immer wieder den Zuschnitt des Untersuchungsraumes zu problematisieren sowie neben regionalen und nationalen auch globale und transnationale Zugänge einzubeziehen. Umweltgeschichte sei „auf natürliche Weise transnational“, wenngleich sich nationalstaatliche Zugänge mitunter als durchaus produktiv erwiesen hätten, wie etwa bei der Erforschung von Winter und Frost als „Erinnerungsorte“ in Russland. Naturräume seien auch sozialräumliche Einheiten; Ostmitteleuropa aber sei kein Naturraum und damit mögliches Paradebeispiel transnationaler Umweltgeschichte. Dabei sei zu fragen, ob eine solche Ostmitteleuropa als Geschichtsregion konstituieren könne. Bisherige Raumkonzeptionen, etwa die von Klaus Zernack oder Jenő Szűcz, hätten Ostmitteleuropa als Strukturraum betrachtet. War es aber auch ökologische Erfahrungsgemeinschaft, ähnlich und zugleich anders als die des Westens, die laut Frank Uekötter am „Eiser-

nen Vorhang“ geendet habe? Nach Julia Herzberg kann diese schwierige Frage zumindest für das kurze 20. Jahrhundert bejaht werden.

Martin Zückert (München), ebenfalls einer der Organisatoren der Tagung, setzte in seinem Vortrag „Infrastrukturen und Umwelt – Die Folgen staatlicher Erschließungspolitik in Ostmitteleuropa“ dann den Akzent auf die „Systemvoraussetzungen moderner Gesellschaften“ (Dirk van Laak). Infrastrukturen befreiten, so Zückert, den Alltag einerseits von den elementaren Fragen der Existenzsicherung, schufen andererseits aber auch neue Abhängigkeiten und nicht zuletzt neue räumlich-soziale Hierarchien. Damit seien sie häufig Mittel der Durchsetzung von Herrschaft, ohne dass aber die Zyklen des Infrastrukturausbaus und der Infrastrukturnutzung sich immer bruchlos in die Periodisierungen der politischen Geschichte einordnen ließen. Auch hätten beide neben intendierten auch immer unintendierte Folgen für Mensch und Umwelt wie beispielsweise Ressourcenverknappung. All dies mache die Frage nach der Geschichte von Infrastruktur und Umwelt einer Region wie Ostmitteleuropa lohnend, wobei die politischen Umbrüche besondere Aufmerksamkeit verdienten. Für die Epoche des Staatssozialismus gelte es dabei vor allem zu fragen, ob es bei der Planung und Nutzung von Infrastrukturen und beim Umgang mit deren Auswirkungen einen spezifisch ostmitteleuropäischen Weg mit signifikanten Unterschieden zur westeuropäischen Entwicklung gegeben habe.

Das zweite Panel war dem Thema „Infrastrukturelle Erschließung und ihre Folgen“ gewidmet. Arnošt Štanzel (München) berichtete in seinem Beitrag „Staudambauten in den slowakischen Karpaten – Zum „Neuen Menschen“ durch „Weiße Kohle“?“ über sein Dissertationsprojekt zu den Staudambauten und Flussbegradigungen in den slowakischen und rumänischen Karpaten zwischen 1948 und 1989. Staudambauten seien „Indikatoren“ für das Verhältnis zwischen Mensch und Natur, da sie die „Indienstnahme der Natur durch den Menschen“ symbolisierten. Das Narrativ von der Unterwerfung der Natur durch den Menschen finde sich gerade auch im Staatssozialismus, der es sich zu seiner Legitimierung nutzbar zu machen versuchte. Jedoch hätten, wie Štanzel anhand von Artikeln aus der kommunistischen Tageszeitung „Rudé Právo“ demonstrierte, die einschlägigen Texte von den fünfziger zu den siebziger Jahren einen zunehmend nüchternen Tonfall angenommen. „Heilserwartungen“ scheinen sich in den späteren Phasen des Staatssozialismus an Staudämme nicht mehr geknüpft zu haben.

Mitunter spiegelt sich in der Geschichte infrastruktureller Großprojekte die Geschichte eines ganzen Landes. Einen solchen Fall, nämlich die im Verlauf des 20. Jahrhunderts immer wieder aufgenommenen Versuche, auf böhmischem und mährischem bzw. tschechischem Territorium durch Kanalverbindungen zwischen den drei Flusssystemen von Elbe, Oder und Donau nicht nur diese großen europäischen Ströme, sondern auch drei Ozeane miteinander in Verbindung zu setzen, untersuchte Jíra Janáč (Prag). Obgleich nennenswerte Bruchstücke dieses Kanalsystems wirklich gebaut worden sind, blieb es als Ganzes doch ein „Weißer Elefant“. Gründe dafür seien neben anderen der Wassermangel am Scheitelpunkt des Weges zwischen Oder und Donau an der Mährischen Pforte gewesen und nicht zuletzt der Mangel an Investitionsmitteln. Auch Interessenkonflikte zwischen Schifffahrt, Bewässerung, Trinkwasserversorgung, Abwasserfragen, Wasserkraftnutzung zur Ener-

giegewinnung und neuerdings auch Ökologie hätten hier eine Rolle gespielt. Somit könne die Geschichte des Donau-Elbe-Oder-Kanalprojektes geradezu als die Geschichte der Beziehungen zwischen Mensch und Umwelt in Ostmitteleuropa gelesen werden.

Mit „Landschaftswandel und Landschaftswahrnehmung“ war das dritte Panel überschrieben. Der Geograf Ivan Bičík (Prag) stellte in seinem Vortrag „Long-term Land-use Changes: A Case Study of the Czech Lands, 1845-2000“ eine Datenbank vor, mit der acht Kategorien der Landnutzung in 8903 räumlichen Einheiten (von einer Durchschnittsgröße von 800 Hektar) für vier Zeitschnitte (1845, 1948, 1990, 2000) erfasst worden sind und verglichen werden können (zu finden unter www.lucc.ic.cz). Interessante Ergebnisse dabei sind etwa, dass der Verlust an Ackerland in den böhmischen Ländern zwischen 1848 und 2000 bei fast 20 Prozent des ursprünglichen Umfanges gelegen habe, wobei der flächenmäßige Höhepunkt der landwirtschaftlichen Nutzung des Landes am Ende des 19. Jahrhunderts zu suchen sei. Die bebauten Flächen wiederum hätten allein seit 1948 um 200 bis 300 Prozent zugenommen, obwohl etwa 1200 Siedlungsorte in der Folge der Vertreibung der Deutschen aus den böhmischen Ländern im selben Zeitraum brachgefallen seien.

Mit dem Vortrag „Raumbewertung und Kulturlandschaftswandel. Das Beispiel Nordböhmen“ von Horst Förster (Tübingen), ebenfalls Geograf und dritter Mitorganisator der Tagung, erfolgte ein Wechsel von der Makro- zur Mikroebene der Analyse. Der von Förster vorgestellte Raum gehörte in den siebziger Jahren zu den am stärksten ökologisch zerstörten Gebieten Europas. Ursprünglich ein Agrarraum von hoher Produktivität am Fuße des Erzgebirges, änderte sich sein Charakter völlig, als man die unter der Oberfläche ruhenden etwa 7,5 Milliarden Tonnen Braunkohle entdeckte. Im 19. Jahrhundert gab es 300 Tagebaue, heute noch vier, die aber von riesigen Ausmaßen sind: Bei 12 bis 16 Quadratkilometern Umfang reichen sie bis zu 400 Meter unter das ursprüngliche Bodenniveau. Exemplarisch könne man an Nordböhmen zeigen, so Förster, wie sich die politisch-ökonomische wie gesellschaftliche Raumbewertung in der Zeit wandle: Galt die Region zeitweise als Sitz von Wohlstand und Fortschritt, versuche man heute die „Beseitigung“ der ökologischen Schäden durch Verfüllung oder das Volllaufenlassen mit Wasser, letzteres auch nicht problemlos durch den Anstieg des Grundwasserspiegels.

Einen Kontrast zu den Präsentationen der beiden Geografen bildete der Vortrag von Eva-Maria Stolberg (Essen) „O biegu rzek: Zwischen Oder und Weichsel – Umwelt und Fremdsein als Konstrukt deutsch-polnischer Nationsnarrativa“, der an Lucien Febvres Begriffsprägung von den nationalen Flussgottheiten oder -geistern anknüpfte. Die eine weite, einzigartige Niederungslandschaft bildenden Flusssysteme von Oder und Weichsel seien bis ins 19. Jahrhundert hinein gemeinsame Heimat von deutschen und polnischen Siedlern gewesen. Seit dem späten 19. Jahrhundert aber seien Oder und Weichsel zu Flussmetaphern geworden, die als Symbole nationaler Einheit und Abgrenzung gedient hätten. Aus der vornationalen Transfer- sei eine nationale Grenzlandschaft geworden.

Mit dem Vortrag von Andrea Kiss (Szeged) „A Complex Long-term Analysis of Land Use and Environmental Changes in Former Vine-growing Areas: The Example of North Hungary“ folgte wieder eine geografische Mikrostudie, die sich

aber durchaus auch historiografischer Untersuchungsmethoden bediente. Besondere Erwähnung verdient dabei die elaborierte Methodik der Kartenauswertung, die Andrea Kiss zu erheblichen Zweifeln an der Genauigkeit der von Historikern häufig ohne viel „Reserve“ als Quellen benutzten Militärkarten führte. In den ehemals vom Weinbau dominierten Gegenden des Donaubogens und um Nagymaros, die sich seit etwa 1780 genauer verfolgen lassen, erfolgten laut Kiss die größten Veränderungen im 20. Jahrhundert und zwar durch Aufforstung und den Bau von Wochenendhäusern.

Mit dem vierten Panel ging es um „Kollektivierung, Agrarmodernisierung und ihre Folgen“. Nicholas Orsillo (Brno) behandelte in seiner auf Oral-History-Forschung beruhenden Studie „The Socioeconomic Factors behind Agricultural Land Drainages: Environmental Impacts in the Communist-Era Czech Lands“. Während die in den fünfziger Jahren erfolgte Kollektivierung der Landwirtschaft in erster Linie auf die Kontrolle dieses Sektors abgezielt habe, sei um 1960 das Interesse an erhöhter Produktion in den Vordergrund gerückt. Ein wichtiges Mittel der Intensivierung und Verbesserung des Bodens sei die Landdrainage gewesen, deren bedenkenlose und durch problematische ökonomische Steuerungsinstrumente noch forcierte Anwendung aber zu immer weniger ökonomischer Effizienz und immer größeren Umweltbelastungen geführt habe. Auch Stefan Dorondel (München/Bukarest) befasste sich mit nichtintendierten Folgen staatlicher Interventionen. In seinem Vortrag „Privatizing the Post-Socialist State: Changes in the Landscape in Rural Romania“, der auf ethnologischer Feldforschung beruht, bot er ein faszinierendes aber auch beunruhigendes Bild vom ländlichen Leben der postsozialistischen Walachei. Die postsozialistischen Landreformen seien parallel zur Dezentralisierung des Staates und dem Transfer von administrativen Befugnissen hinunter auf die lokale Ebene verlaufen. Dieser Transfer habe den lokalen Eliten eine immense Macht verliehen und die Entstehung von Patron-Klient-Beziehungen begünstigt. Deshalb konnten bei der Restitution von Wäldern und Grundstücken Bürgermeister, Gemeinderäte und andere Mitglieder der lokalen Eliten sowohl politisch wie ökonomisch profitieren. Die Folgen für die Landnutzung seien einerseits die Fragmentierung der Flurstücke und damit verbundene Extensivierung, andererseits die Intensivierung des Anbaus auf anderen Flächen bei gleichzeitiger Ausdehnung der mit Häusern und Verkehrswegen bebauten Gebiete und die vermehrte, häufig auch illegale Abholzung von Wald – letztere oft durch Angehörige der ärmsten Schichten der Dorfbewohner, aber im Einverständnis mit den lokalen Eliten. Die Fragmentierung und Extensivierung im Gefolge der Dekollektivierung bedeuten laut Dorondel gerade für solche Dorfbewohner kein Problem. Sie fanden Arbeit in der Industrie und betrieben Nebenerwerbslandwirtschaft.

Auf die Dorondel'sche Walachei folgte das ländliche Mecklenburg in Michael Heinz' (Rostock) Beitrag über das Agrarwesen in der DDR. Heinz berichtete über die Konzentrations- und Spezialisierungsprozesse der sechziger Jahre, deren Ziel in einer industriemäßig produzierenden, intensiven Landwirtschaft bestand und die Mitte der siebziger Jahre in der administrativen und betrieblichen Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion gipfelte. Diese sei nicht nur ökonomisch wenig erfolgreich gewesen und gegen den Willen der meisten Genossenschaftsbauern er-

folgt, sondern habe auch sehr wenig Rücksicht auf die Umwelt genommen. Korrekturmaßnahmen gegen die Umweltschäden in den achtziger Jahren seien halbherzig geblieben. Nur die Pläne einer Verstädterung des ländlichen Lebens, durch die die „Klasse“ der Genossenschaftsbauern der „Arbeiterklasse“ angeglichen werden sollte, seien beizeiten aufgegeben worden, ohne aber, dass es der SED gelungen sei, die Landflucht zu stoppen.

Das fünfte Panel „Stadtlandschaften im Wandel“ umfasste zwei sehr unterschiedliche Vorträge. An den Grenzen von Kunst-, Kultur- und Umweltgeschichte bewegte sich Erzsebet Magyar (Budapest) mit ihrer Präsentation „The Urban Environment of Vienna, Budapest, and Prague in the Nineteenth Century“, in der die Geschichte städtischer Parks als Teil einer vergleichenden Kultur- wie Umweltgeschichte der Habsburgermonarchie vorgestellt wurde. Der Vortrag von Eva Chodějovská (Prag), „Changes in the Landscape of Prague's Suburbs During the Socialist and Post-Socialist Period“, gab eine eher impressionistische Darstellung des Prager „urban sprawl“, der wild wuchernden Ausbreitung des bebauten Stadtgebietes – der „cigánská kaše“ („Zigeunerbrei“), wie das Phänomen auf Tschechisch in politisch etwas unkorrekter Weise genannt wird. Der fortschreitenden, planerisch kaum gesteuerten (und steuerbaren?) Zersiedelung der Prager Vorstädte, des Prager Stadtrandes und der umliegenden selbstständigen Gemeinden durch Verkehrswege und ästhetisch meist sehr anspruchslose Gebäude in der postsozialistischen Epoche stehe die Bildung großer Industriebrachen im inneren Stadtgebiet gegenüber.

Das sechste Panel war der „Naturschutz- und Umweltbewegung“ gewidmet. Zunächst sprach Frank Uekötter (München) über „Environmentalism, Eastern European Style: Some Introductory Remarks“. Seit der Zeit um 1900 habe in allen Ländern, die sich selbst zum „Westen“ zählten, ein Konsens darüber bestanden, dass ein gewisses Maß an Naturschutz notwendig sei; daher könne für die Jahre vor 1945 von einem besonderen „Stil“ in dieser Hinsicht in Ostmitteleuropa keine Rede sein. Dies habe sich in der sozialistischen Periode geändert. „Sozialistische“ Besonderheiten in Sachen Umweltschutz seien etwa dessen frühe Institutionalisierung (das Naturschutzgesetz der DDR wurde 1954 erlassen, das der Bundesrepublik erst 1976, ein Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft entstand in der DDR 1976, die Bundesrepublik erhielt dagegen ihr Umweltministerium erst 1986). Würde man nicht nur die Umweltverschmutzung, sondern auch den Schutz nicht kultivierter Gebiete in den umweltgeschichtlichen Ost-West-Vergleich mit einbeziehen, schnitte der „Osten“ deutlich besser ab. Schließlich sei auch die Geschichte der ökologischen Bewegung in ganz Osteuropa, die der „green dissidents“ mit ihren Institutionen innerhalb und außerhalb des Systems, mit ihren – auch transnationalen – Netzwerken, einem ganz anderen Weg gefolgt, als ihr Pendant westlich des „Eisernen Vorhangs“.

Jana Piňosová (Bonn) behandelte „die Naturschutzbewegung in der Tschechoslowakei 1918-1938“, die sich vor allem in Vereinen organisiert hatte, für die wiederum der bereits 1904 gegründete „Verband der Vereine für Verschönerung und Heimatschutz“ eine koordinierende Rolle übernahm. Die Verabschiedung eines Naturschutzgesetzes sei der Naturschutzbewegung der Ersten Republik verwehrt geblieben.

Abgeschlossen wurde das sechste Panel durch den Vortrag von Hermann Behrens (Neubrandenburg) über die Umweltbewegung in der DDR, der eingangs die Einbindung der vormals selbstständigen Naturschutz- und heimatkundlichen Gruppen in den Kulturbund der DDR skizzierte. Als Ende der siebziger Jahre kirchliche und autonome Umweltgruppen entstanden, so Behrens, sei dies ebenso Ausdruck der mangelnden Bindungskraft des Kulturbundes, wie der Verschärfung der Umweltproblematik gewesen. Die Geheimhaltungs-Anordnung von 1982, mit der umweltrelevante Daten unter Verschluss genommen wurden, habe zu großer Erbitterung und weiterem Protest geführt, sodass zwischen 1985 und 1989 etwa 60 bis 65 Gruppen mit ca. 550-850 Mitgliedern bestanden. Eine IG Stadtökologie im Kulturbund habe 1987 etwa 380 Gruppen mit ca. 7 000 Mitgliedern umfasst. Die staatliche Überwachung nicht zuletzt auch durch IMs der Staatssicherheit sei auch innerhalb des Kulturbundes sehr intensiv gewesen. Erfolge der Gruppen im Kulturbund hätten sich auf die Schutzgebiete beschränkt. Gegenüber der industriemäßig betriebenen Land-, Fisch- und Forstwirtschaft sowie gegenüber Bergbau und Industrie seien sie ohnmächtig gewesen. Auch den kirchlichen Gruppen sei es nicht gelungen, die Umweltsituation in der DDR zu verbessern; sie hätten dann aber eine große Rolle in der friedlichen Revolution gespielt.

Das siebte und letzte, etwas unglücklich platzierte Panel war dem Thema „Natur und Tourismus“ gewidmet. In Abwesenheit des Verfassers Martin Pelc (Opava) wurde dessen Studie über die „Schizophrenie des touristischen Projekts“ verlesen. Hier ging es am Beispiel der böhmischen Länder zwischen 1880 und 1930 um den Widerspruch zwischen zwei für die frühen Touristenvereinigungen typischen, unvereinbaren Forderungen, nämlich der nach Erhaltung und der nach Verschönerung von Natur und Landschaft. Im letzten Vortrag der Konferenz „Schutz vor dem Menschen, Schutz für den Menschen? Die Gründung des Tatrationalparks 1949“ zeigte Bianca Hoenig (München), dass mit dem ersten Nationalpark auf tschechoslowakischem Boden nicht einmal ein ganzes Jahr nach der kommunistischen Machtübernahme ironischerweise ein amerikanisches Konzept verwirklicht worden sei – habe doch das sowjetische den Schutz der Natur vor dem Menschen und seiner Erholungsbedürftigkeit in den Vordergrund gestellt. In dem kleinen Hochgebirge auf slowakischem Boden tummelte sich aber schon 1960 über eine Million Touristen.

Umweltgeschichte, das hat diese breitgefaste Tagung gezeigt, die in den besten Momenten geradezu den Charakter einer „Ostmitteleuropäischen Umweltgeschichte total“ annahm, ist per se interdisziplinär. Im Zuge der Institutionalisierung der neuen historischen Subdisziplin steht zu erwarten, dass die Professionalisierung dieser Forschungsrichtung zunimmt, was sicher kein Nachteil ist, solange sie für Beiträge von „Außen“ offenbleibt. Manch ein Thema, wie nicht zuletzt das der Infrastrukturentwicklung in Ostmitteleuropa, gehört zweifellos auf eine Tagung mit dem Oberthema „Mensch und Umwelt“, kann dort aber nicht ausgeschöpft werden. Umso besser!

Berlin/Gießen

Andreas Helmedach